Nr. 106

DAS ROTE TUCH

16. März 2018
Preis: 0,50 €

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

Hinter dem „Handelskrieg“ – der Krieg gegen die Arbeiter

Ein weltweiter Handelskrieg – dieses Gespenst steht im Raum, seit US-Präsident Donald Trump die Einführung von hohen Zöllen auf Stahl, Aluminium und vielleicht auch auf Autos angekündigt hat. Warum gleich "Krieg"? Weil die anderen Staaten, allen voran die imperialistischen Großmächte und China das natürlich nicht ohne Gegenmaßnahmen hinnehmen würden. Die EU droht bereits mit der Anhebung von Zöllen.

Trump will die Zölle als Druckmittel gegen andere Staaten nutzen, um US-Konzernen zu noch mehr Profit zu verhelfen. Doch den Arbeitern und Arbeitslosen in den USA versucht er weiszumachen, er wolle ihnen helfen: Wenn man die US-Industrie durch Zölle vor der „Billig-Konkurrenz“ aus Deutschland, China oder Brasilien schützen würde, dann könnte sie mehr verkaufen und mehr Arbeitsplätze schaffen.

In Wahrheit ist die einfache Bevölkerung das Opfer dieser Politik! Denn hohe Zölle bedeuten, dass die Preise der importierten Waren steigen. In den USA werden als erstes all die Gebrauchsgegenstände aus Aluminium und Stahl teurer werden, von der Getränkedose bis zum Auto. Und falls irgendwann tatsächlich ein Handelskrieg beginnen sollte, wenn alle Industriestaaten hohe Zölle auf ausländische Produkte einführen, dann steigen überall massiv die Preise.

Hohe Zölle würden außerdem Krise und Arbeitslosigkeit verschlimmern. Schon jetzt erklärt die Auto- und Metallindustrie der USA, dass sie wegen der steigenden Metallpreise wahrscheinlich weniger verkaufen und daher bis zu 100.000 Arbeitsplätze vernichten werden. In Europa und in China drohen ihrerseits die Stahlkonzerne bereits damit, zehntausende Arbeitsplätze abzubauen.
Ein „Handelskrieg“ wäre ein Krieg gegen die einfache, arbeitende Bevölkerung in allen Ländern!

Eine solche Politik ist gefährlich für alle Arbeiter. Dabei muss uns klar sein, dass die deutsche Regierung und die EU ebenso wenig auf der Seite der Arbeiter stehen wie die US-Regierung.
Zwar stellen sie sich heute gegen Zölle. Schließlich sind die Exporte deutscher Konzerne in die USA in den letzten Jahren enorm gestiegen. Doch dieselbe EU hat kein Problem damit, selber Strafzölle gegen ihre schwächeren Konkurrenten aus China und Indien einzuführen. Und wir haben nur zu Genüge erlebt, was die deutschen Konzerne und ihre Regierung uns Arbeitern im Namen der „Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie“ alles angetan haben.

Ihr Konkurrenzkampf ist immer in erster Linie ein Kampf gegen die Arbeiter. Ob in den USA, in Deutschland oder China: Die Konzerne vernichten Arbeitsplätze, verschlimmern den Arbeitsdruck, senken Löhne... um ihren Konkurrenten überlegen zu sein und so ihre Profite zu erhöhen. Die Arbeiter aller Länder stehen in diesem Kampf auf der gleichen Seite, und alle „konkurrierenden Unternehmen“ auf der anderen. Sich dessen bewusst zu sein, ist wichtig für uns. Umso mehr, da ihr Konkurrenzkampf noch ganz andere Formen annehmen könnte.

Heute sind es nur Worte, wenn die EU von „Vergeltungsmaßnahmen“ spricht und Trump gar erklärt, er wolle im Kriegsfall „nicht aus dem Land Stahl importieren, gegen das wir kämpfen“.
Doch der Konkurrenzkampf wird in den letzten Jahren immer schärfer, denn die Absatzmärkte werden immer begrenzter. Kein Wunder: Man kann schließlich nicht aus Profitgier ganze Kontinente in die bitterste Armut stürzen und selbst in den reichen Ländern immer mehr Menschen in Armut drängen − und gleichzeitig hoffen, dass die Menschen immer mehr Geld haben, um die Produkte der Konzerne zu kaufen.

Der weltweite Kapitalismus befindet sich seit Jahren in einer Dauerkrise, und deshalb streiten sich die Konzerne immer heftiger um die Märkte. Das heutige Säbelrasseln zwischen USA und EU ist ein Ausdruck dieser Entwicklung.
In den 1930er Jahren hat die wirtschaftliche Krise bereits einmal alle Staaten dazu gebracht, hohe Zölle einzuführen, was die Krise verschlimmert hat und schließlich zu einem immer heftigeren Kampf um Absatzmärkte, Rohstoffe und Einflussgebiete führte – der in immer heftigere politischen und militärische Auseinandersetzungen mündete… bis er schließlich in dem grauenvollen Massengrab des Zweiten Weltkriegs endete.

In den letzten Jahrzehnten haben vor allem die afrikanischen und mehrere ölreiche arabische Länder leidvoll erleben müssen, wie dieser Konkurrenzkampf um Öl und Rohstoffe ihre Länder in die schrecklichsten Kriege verwickelt hat. Doch die heutigen Spannungen zwischen den USA und der EU erinnern daran, dass wir auf Dauer auch in den bislang geschützten reichen Industriestaaten nicht vor Kriegen gefeit sind.

Es ist die Funktionsweise des Kapitalismus, mit ihrer Konkurrenz und ihren Krisen, die immer wieder zum Krieg führt. Der Kapitalismus trägt „den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“, wie ein berühmter Sozialist am Vorabend des Ersten Weltkrieges sagte.
Die schreckliche Erfahrung des Ersten Weltkriegs brachte die Arbeiter jedoch auch dazu, ihre Gewehre umzudrehen und sie gegen ihre eigenen Kapitalisten und Generäle zu richten – 1917 in Russland und 1918 in Deutschland.

Zum ersten Mal in der Geschichte versuchte die Arbeiterklasse damals, den Kapitalismus zu beenden und eine Gesellschaft aufzubauen, in der die arbeitende Bevölkerung selber regiert und die Wirtschaft nicht über Konkurrenz und Profitlogik, sondern geplant nach den Bedürfnissen der Menschheit organisiert. Und dieser Weg ist der einzige, der einen Ausweg aus der Bedrohung des Kapitalismus weisen kann.

USA: Die Schüler könnten einen weitergehenden Kampf ins Leben rufen

Der Amoklauf an einer Schule in Parkland (Florida) Mitte Februar war die 18. Schießerei in einer US-amerikanischen Schule innerhalb von zwei Monaten. Doch diesmal hat sich die Trauer der Schüler in Wut verwandelt. Eine Überlebende des Amoklaufs rief dem US-Präsidenten zu „Schämen Sie sich“ und prangerte an, dass Trump im Wahlkampf 30 Millionen Euro von der Waffenlobby bekommen hatte. Schüler begannen, gegen die Waffenpolitik und die Beziehungen zwischen Politikern und Waffenlobby auf die Straße zu gehen – und zehntausende im ganzen Land schlossen sich ihnen an.

Florida hat daraufhin den Kauf von Waffen etwas eingeschränkt. Und auch Trump war gezwungen, zumindest in Worten Einschränkungen zu versprechen. Vor wenigen Tagen hat er auf Druck der Waffenindustrie vieles davon wieder zurückgenommen und stattdessen ernsthaft vorgeschlagen, auch noch die Lehrer in den Schulen zu bewaffnen – damit sie bei Amokläufen selber schießen können! Währenddessen gehen die Schülerproteste weiter. Wir veröffentlichen hierzu einen Artikel der US-amerikanischen trotzkistischen Organisation The Spark vom 10. März 2018.

Nachdem ein Schütze in ihrer Schule um sich geschossen und 17 Menschen getötet hat, trauern die Schüler nicht nur um die Freunde und Lehrer, die sie verloren haben. Sie verlangen, dass etwas getan wird. Sie haben ihre Forderungen auf die Straße und vor das Regierungsgebäude ihres Bundesstaates getragen und haben damit eine landesweite Debatte über Schießereien an Schulen und Waffengewalt ausgelöst.

Ihre Demonstrationen haben junge Leute im ganzen Land dazu ermutigt, ebenfalls vor ihren jeweiligen Regierungsgebäuden zu demonstrieren und bis nach Washington D.C. zu ziehen. Eine Reihe von Demonstrationen im ganzen Land ist für den 24. März geplant.

Was diese Schüler fordern, ist absolut vernünftig: Sie wollen sich in ihren eigenen Schulen sicher fühlen! Sie verlangen insbesondere, dass die Schnellfeuergewehre vom Markt genommen werden und dass Frühwarnsysteme eingeführt werden, um mögliche Amokläufer zu identifizieren, bevor sie töten. Sie haben jedes Recht, diese und andere Schutzmaßnahmen zu fordern.

Dies hat die NRA nicht daran gehindert, sie sofort aggressiv anzugreifen. Die *National Rifle Association* NRA ist der größte Lobbyist der Waffenindustrie, die ein maßgebliches Interesse daran hat, dass alles so bleibt, wie es ist. Der Allgemeinheit, den einfachen Bürgern Waffen zu verkaufen ist schließlich ein lukratives Geschäft.



„Gedenken und Gebete sind nicht kugelsicher!“

Die Schüler sind dabei zu entdecken, dass selbst jede noch so kleine Regulierung des Waffenverkaufs schwer durchzusetzen ist in einem Land, in dem der Profit an erster Stelle steht. Krieg ist ein großes Geschäft für die USA, und er ist Teil der amerikanischen Gesellschaftsordnung.

Wir alle werden jeden Tag regelrecht bombardiert mit einer großen Portion an Militarismus. Dies ist Teil der Propaganda, mit der sie Unterstützung für die Kriege organisieren wollen, die die USA in der ganzen Welt führen.

Nikolas Cruz, der Schütze von Parkland, Waffennarr und vom Militarismus fasziniert, ist ein Produkt dieser Gesellschaft. Dass er so einfach an eine Waffe kommen konnte, war nur der letzte Schritt in dieser Entwicklung.

Derzeit stellen die Schüler die Waffengewalt und die Einschränkung der Waffenverkäufe in den Mittelpunkt. Aber Waffen können nur der erste Schritt sein, wenn das Ziel der Schüler ist, sich sicher fühlen zu wollen.

Schüler im ganzen Land wissen, dass irgendetwas mächtig schief läuft in ihren Schulen. Sie sehen, dass etwas falsch läuft in diesem Land. Irgendetwas verursacht Stress, Verwirrung, Demoralisierung und sogar den Selbstmord von jungen Leuten wie ihnen.

Die Schulen in diesem Land – sogar in den Gegenden der Mittelschichten – werden seit Jahren der Mittel beraubt, die notwendig wären, um die Kinder wirklich erziehen und bilden zu können. Für die große Mehrheit der Schüler fehlt es an Büchern, Computern, Werkstätten, Laboren, Kunsträumen, Sportausrüstung… Vor allem aber fehlt es an Lehrern, an Sozialarbeitern, an Schulkrankenschwestern. Es gibt keine organisierte Unterstützung für Kinder, die unter Druck stehen.

Und für viele junge Leute gibt es keine vernünftigen Jobs, wenn sie aus der Schule kommen und keine Möglichkeit, ihre Ausbildung fortzusetzen. Solche Dinge lasten schwer auf den Gemütern vieler Schüler und treiben manche in den Abgrund.

Die Schüler mögen damit begonnen haben zu fordern, dass etwas gegen die Waffen unternommen wird. Aber sie und andere können auch die anderen Fragen ein großes Stück nach vorne bringen. Sie können für ihre Schulen kämpfen – dagegen, dass man ihnen die Bildung vorenthält, die jeder Mensch braucht. Sie können für die Arbeitsplätze kämpfen, die sie brauchen, wenn sie aus der Schule kommen.

Alle diese Fragen hängen zusammen. Sie sind alle Teil des Netzes, dass der amerikanische Kapitalismus in seiner Jagd nach Profit um unsere Leben herum gesponnen hat. Auf die eine oder andere Weise werden wir alle dessen beraubt, was wir brauchen, weil diese kleine Klasse an Kapitalisten an der Spitze auf Kosten von uns allen lebt. Sie macht Geld mit Waffen, sie macht Geld, indem sie Arbeiter entlässt, indem sie andere auf der Arbeit zu hart schuften lässt, indem sie die Umwelt vergiftet. Sie schmiedet Pläne, wie sie mit den Schulen Geld verdienen kann. Sie ist der Grund dafür, dass Kinder, die zur Schule gehen, sich heute nicht darauf verlassen können, dass sie dort sicher sein werden.

Die kapitalistische Klasse kann man nicht unter Kontrolle halten. Sie und ihr System müssen gestürzt werden.

Wie die Immobilienkonzerne die günstigen Mieten und die Mieter aus den Sozialwohnungen vertreiben

Die Mieten sind in den letzten Jahren explodiert. Am schlimmsten haben die Immobilienkonzerne die Preise in Metropolen wie Berlin oder München in die Höhe getrieben, allein in Berlin um 76% in 10 Jahren. Doch längst haben sie auch viele andere Städte ins Visier genommen. Die Mieten in Städten wie Bremen, Leipzig, Köln oder Dortmund sind um über 30% gestiegen.



Räumung des Hannibal-Hochhauses in Dortmund

Und weil die steigenden Mieten ihren Appetit anregen, versuchen die Immobilienkonzerne seit einiger Zeit sogar, die Mieten in den Sozialwohnungen nach oben zu treiben, was sie eigentlich gar nicht dürfen. Denn die Immobilienkonzerne haben ja extra Geld vom Staat gekriegt, damit sie die Mieten in den Sozialwohnungen niedrig halten − gerade für die ärmeren Arbeiter, die nicht viel Geld für Miete haben.

Doch die Konzerne benutzen einen perfiden Trick: Sie „renovieren“, das heißt sie bauen ein paar Brandschutztüren ein, erneuern ein paar Leitungen, Heizungen und Balkone… und für diese „große“ Renovierung dürfen sie dann ganz legal die Miete drastisch erhöhen. In Vonovia-Sozialwohnungen in Essen sollen die Mieter für eine 56 Quadratmeter-Wohnung auf einen Schlag 120 Euro mehr bezahlen.

Viele ärmere Mieter können sich das nicht leisten. Das Jobcenter übernimmt die Mietsteigerung meist ebenfalls nicht, weil die Immobilienkonzerne die Miete gezielt so weit anheben, dass sie über dem Höchstsatz liegt, den das Jobcenter zahlt. Genau darum geht es den Konzernen nämlich: Sie wollen gezielt die ärmeren Rentner, Minijobber oder alleinerziehende Müttern, die auf Grundsicherung oder HartzIV angewiesen sind, vertreiben und die Wohnungen an zahlungskräftigere Mieter vermieten − oder alternativ das Jobcenter zwingen, die höheren Mieten zu bezahlen.

Und das ist noch die „zivilisierte“ Methode. Eine andere Taktik haben uns die Besitzer des Hannibal-Hochhauses in Dortmund vorgeführt. Hier ließ die Immobilienfirma Intown das Haus radikal vergammeln. Der Fahrstuhl stürzte mehrfach im Monat ab! Sie sabotierten außerdem gezielt alle Brandschutz-Maßnahmen.
So lange, bis Stadt und Feuerwehr das Hochhaus irgendwann wegen Brandgefahr zwangsräumen mussten.

Alle 400 Mieter standen auf der Straße und mussten von heute auf morgen woanders unterkommen, fast immer in kleineren und schlechteren Wohnungen. Die Immobilienfirma hingegen kann den Profit einstreichen: Sie kann die gut gelegenen Wohnungen jetzt für zahlungskräftige Mieter renovieren oder einfach das ganze Baugelände teuer verkaufen.
Und auch wenn das große Hannibal-Hochhaus besonders für Aufsehen gesorgt hat, es ist kein Einzelfall.

Wenn diese ganze Entwicklung der letzten Jahre eines deutlich macht, dann dass die Grundbedürfnisse der Menschen – angefangen bei einer Wohnung , Heizung, Nahrung – nicht in den Händen und der „Verantwortung“ privater Konzerne liegen dürfen!

Diskussion um die Essener Tafeln: Wer die Armut schafft

Die Essener Tafeln haben ihren widerlichen Beschluss aufgehoben, nur noch Bedürftige mit deutschem Pass aufzunehmen. Viele hatten dagegen protestiert, empört, dass man die Armen ohne deutschen Pass als Problem für die Armen mit deutschem Pass hinstellt.

Dabei ist das wahre Problem ein ganz anderes: Dass überhaupt 1,5 Millionen Menschen in diesem reichen Land den erniedrigenden Gang zu den Tafeln gehen müssen. Und dass es immer mehr werden: Weil immer mehr Arbeiter nur noch befristete Jobs oder Leiharbeit finden können, schlecht bezahlte, unsichere Jobs, bei denen sie trotz Arbeit arm sind. Während Konzerne wie Siemens oder E.ON tausende und abertausende feste Vollzeitarbeitsplätze vernichten, um ihre Milliardengewinne zu erhöhen.

Weil die Mieten, die die Immobilienkonzerne immer weiter nach oben schrauben, viele regelrecht erdrosseln – und sogar HartzIV-Empfänger von ihren 400 Euro mittlerweile oft noch was zur Miete zuzahlen müssen.

Weil der Staat mit seiner Rente mit 67 dafür sorgt, dass immer mehr Arbeiter aus gesundheitlichen Gründen in Frührente gehen müssen oder die letzten Jahre vor der Rente arbeitslos sind… und so nach 30, 40 Jahren Maloche trotzdem auf die Lebensmittelspenden der Tafeln angewiesen sind.

Und daran wird sich erst etwas ändern, wenn wir ArbeiterInnen, Arbeitslosen, MigrantInnen, Deutsche, Alleinerziehende, RentnerInnen − kurz die Arbeiterklasse − uns das Recht nehmen, nicht nur den Abfall aus den Supermärkten zu verteilen, sondern die Rekordgewinne der Großkonzerne und die Einnahmen des Staates zu kontrollieren und zu verteilen!

Rote Plakette für Autokonzerne

Staatliche Förderprogramme (bezahlt aus Steuergeldern) für den Kauf von E-Autos und Diesel-Nachrüstungen, durch die die Autokonzerne also noch an ihrem eigenen Betrug verdienen? Und am Ende darf man vielleicht nicht mehr fahren, wenn man sich das nicht leisten kann?
Wie wäre es mal anders herum: Die Autokonzerne dürfen nicht mehr verkaufen, wenn sie nicht für die Nachrüstung und den Betrug aufkommen?

Die neue GroKo: Nicht nur „weiter so“, sondern weiter nach rechts – gegen die Arbeiter

In der Union gibt es mit der CSU und Teilen der CDU mittlerweile einen starken rechten Flügel, der findet, dass die Große Koalition eine zu „soziale“ und „weltoffene“ Politik mache. Dieser Flügel will lieber die Themen und das Auftreten der AfD nachahmen – in der Hoffnung, dadurch wieder mehr Stimmen zu bekommen.
Merkel hat versucht, diese Kritiker aus ihrer eigenen Partei einzubinden: Gerade sie haben in der neuen Regierung besonders viele Posten bekommen. Allein die CSU hat fast doppelt so viele Ministerposten bekommen, als ihr von ihrer Stimmzahl her zugestanden hätte – darunter obendrein das Innenministerium. Merkel hat außerdem einen der wichtigsten Wortführer des rechten Lagers in der CDU, Jens Spahn, zum Gesundheitsminister ernannt.

Allein das Beispiel Jens Spahn macht deutlich, was wir von dieser Entwicklung zu erwarten haben. Der junge Gesundheitsminister hat nicht nur mehrere Jahre lang als Lobbyist für Pharma-Konzerne gearbeitet, sondern hat auch schon tolle Ideen, wie er unsere Gesundheit fördern will: zum Beispiel dadurch, dass wir… bis 70 Jahre arbeiten müssen!
Und sein erster Beitrag als neuer Minister bestand darin, dass er mit ekeliger Dreistigkeit erklärt hat: „Niemand müsste hungern, wenn es die Tafeln nicht gäbe.“, und dass mit HartzIV „jeder das hat, was er zum Leben braucht“. Alleinerziehende Mütter, die für weniger als 3 Euro ihrem Kind etwas kochen müssen, oder Rentner mit Grundsicherung sind von dieser Aussage sicher sehr angetan.

Ganz zu schweigen von Horst Seehofer, der sein prominentes Amt als Innenminister nutzt, um täglich provokante Sprüche gegen Ausländer oder den Islam loszulassen und „Masterpläne“ zu entwickeln, wie er „zur Bekämpfung der Kriminalität“ die wenigen hundert straffällig gewordenen Syrer aus dem Land weisen will. Während derselbe Seehofer mit den kriminellen Managern von VW und Daimler – deren Betrug ganz andere Dimensionen hat und Millionen Menschen betrifft – auf Empfängen freundschaftlich Champagner trinkt.

Das ist das Profil des rechten Flügels: Er ist offen auf der Seite der großen Konzerne und ein noch offenerer Feind aller Arbeiter und Armen. Und alles deutet darauf hin, dass dieser Flügel die Diskussionen in der neuen Regierung beherrschen wird.
Die AfD-Spitze schreibt sich diese Entwicklung übrigens auf ihre Fahnen. Nur dank der AfD und ihrem ständigen politischen Druck wären so viele rechtskonservativen Politiker Minister geworden.

Die AfD kann sich freuen, wir Arbeiter hingegen sicher nicht. Auch von dieser Regierung haben wir nur Schlechtes zu erwarten.

Spanien: der Streik, die Streik

Noch nie waren so viele Frauen und auch Männer auf der Straße, um für die Rechte der Frauen einzutreten. Sechs Millionen Menschen, vor allem aus der Arbeiterklasse, haben an mehrstündigen Streiks und an über 120 Demonstrationen teilgenommen, um ihre Wut auszudrücken:
Ihre Wut darüber, dass Frauen für die gleiche Arbeit weniger Lohn bekommen, dass vor allem sie mit voller Wucht von den unsicheren Jobs getroffen werden. Ihre Wut über die häufige sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, über die Gewalt gegen Frauen und ihre alltägliche Herabwürdigung.



Mit dem Streik und dem Druck von der Straße zeigen die Frauen und Männer in Spanien den richtigen Weg, um diese Zustände zu ändern: den gemeinsamen Kampf. Hier wie dort brauchen die Frauen bei Belästigungen und Diskriminierung das Verständnis und die Unterstützung ihrer männlichen Arbeitskollegen. Genau, wie die Männer die Arbeiterinnen in den gemeinsamen Kämpfen brauchen, da sie schließlich die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung ausmachen.

Und vielleicht trägt dieser erfolgreiche Protest dazu bei, die arbeitende Klasse zu weiteren Kämpfen zu ermutigen. Für alle Arbeiter, Frauen wie Männer, ist dies ein Hoffnungsschimmer.

Noch mehr Rentner bei den Tafeln

CDU und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag entschieden, dass die Unternehmer zukünftig nur noch 5 statt wie bisher 15% Rentenbeiträge für die Arbeiter bezahlen müssen, die morgens die Zeitung austragen. Ein weiteres kleines Geschenk also für milliardenschwere Medienkonzerne wie den Axel-Springer-Verlag oder die Funke-Mediengruppe (WAZ, NRZ).

Die Arbeiter, die Zeitungen austragen, haben ohnehin nur einen Minijob und einen niedrigen Stundenlohn und bekommen schon jetzt dafür nur eine winzige Rente. Und selbst die wollen CDU und SPD ihnen nun nochmal senken – damit die Medienkonzerne Geld sparen können!

Das also sind die „Reformen“ im Koalitionsvertrag, mit denen sie angeblich die Menschen „vor Altersarmut schützen“ wollen?

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de **Telefon:** 0157 – 76493485
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org
Das Rote Tuch kann man auch abonnieren: für 13 € pro Jahr!